

Monologe zu halten, auf die keine Antwort kommt, Diskussionen zu führen, die gar keine Diskussionen sind, weil man völlig neben einander redet und auch gar nicht überzeugt oder widerlegt sein will. Heute ist es höchste Zeit, daß alle Parteien des Reichstags, die nicht die Absicht haben den Parlamentarismus zu diskreditieren und lahm zu legen, innerhalb der eigenen Partei wie durch Abkommen mit den anderen Parteien die Redetätigkeit in dem Sinn disziplinieren, daß unbedingt so kurz wie möglich g e s p r o c h e n wird, um die Materien um so mehr zu aktiver und möglichst detaillierter E n t s c h e i d u n g zu bringen.

Es ist ganz sicher, daß, wenn die von mir geforderte Rededisziplin von allen Seiten geübt wird, die Debatte, die heute alte Parlamentarier zur Verzweiflung bringen kann, unendlich viel interessanter werden wird. Obendrein ist dann auch eine häufigere Beteiligung des einzelnen an der Debatte möglich, während heute die Rederei in der Hauptsache von einigen wenigen bestritten wird, und die vielen sich Monate lang damit begnügen müssen längst bekannte Auffassungen zum so und sovielten Mal begründen zu hören. Heute bringt der Reichstag für nur zu viele agile Geister den Zwang zu einer Passivität mit sich, die geradezu lähmend wirkt. Wie mancher neue Abgeordnete hat mir in dieser Hinsicht schon sein Leid geklagt. Doch ist dies persönliche Leid noch gänzlich bedeutungslos gegenüber dem viel Schlimmern, daß die undisziplinierte Redelust Parlament und Volk um ihre Macht bringt, daß die Regierungsbureaukratie die Schwätzer mit zufriedener Geduld erträgt, während nur auf A k t i o n bedachte Volksvertreter einen ganz andern Einfluß auf den Gang der Dinge selber nehmen könnten.

Hier ist der Punkt, der es erzwingen muß, daß Wandel geschaffen wird. Hier handelt es sich nicht um das Interesse der Volksvertreter, hier dreht es sich um das Interesse des Volkes selbst. Also: nur ein Drittel so lang r e d e n als bisher, aber den dreifachen Willen zur T a t bekunden!

XXX
LEONIDA BISSOLATI · DIE SOZIALISTISCH-REFORMISTISCHE PARTEI ITALIENS AUF IHREM ERSTEN PARTEITAG



M Dezember vorigen Jahres wurde in Rom der erste Parteitag der reformistisch-sozialistischen Partei Italiens abgehalten. Wie die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* sich erinnern werden, wurde diese Partei im Juli 1912 in Reggio Emilia gegründet,¹⁾ nachdem der sozialistische Parteitag 4 Abgeordnete ihrer zu reformistischen Gesinnung wegen ausgeschlossen und damit zugleich allen denen die Mitgliedschaft in der Partei unmöglich gemacht hatte, die die Überzeugung der Ausgeschlossenen teilten. Es war natürlich, daß sich dann um diese Genossen herum eine neue politische Organisation bildete.

Diese neue Organisation konnte naturgemäß auf ein sehr rasches Wachstum nicht rechnen. Und zwar nicht etwa deshalb, weil in der alten Partei nur

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Der italienische Sozialismus nach dem Parteitag von Reggio Emilia* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 899 ff.

wenige Genossen gewesen wären, die die Meinungen der ausgeschlossenen Abgeordneten teilten. Im Gegenteil. Die Anschauungen eines sehr großen Teils der Reformisten, die in der alten Partei verblieben, weichen in ihren wesentlichen Zügen ganz und gar nicht von den für die neue Partei charakteristischen Auffassungen ab. Aber aus verschiedenen Rücksichten wollten diese Genossen sich dennoch nicht von der alten Partei trennen. Die einen aus an sich achtungswerten Gefühlsgründen oder um der äußern Einigkeit der Partei willen, die man nach ihrer Meinung unter keiner Bedingung sprengen dürfe. Die anderen, weil sie dem Geist der Kirchengläubigkeit huldigten, der in den sozialistischen Massen herrscht und sie geneigt macht jeden, der nicht den offiziellen Parteistempel trägt, als nicht zugehörig oder als Feind der proletarischen Bewegung anzusehen. Die Zahl der Reformisten, die aus diesem Motiv in der alten Partei blieben, war sehr bedeutend. Und zwar ließen sich um so zahlreichere Genossen davon bestimmen, als die Kammerwahlen vor der Tür stehen, bei denen nach der herrschenden Taktik der Intransigenten die alte Partei in sämtlichen 508 italienischen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen will. Da ist es denn leicht begreiflich, daß viele dieser Kandidaten, obwohl sie nicht weniger reformistisch denken als die Rechtsreformisten, lieber in der alten Partei blieben, um ihr eventuelles Mandat nicht zu gefährden, statt daß sie sich der schweren und undankbaren Aufgabe widmeten durch ihr Beispiel die Massen zu einer weniger sektenmäßigen und dogmatischen Auffassung des Sozialismus zu erziehen. Doch machen sich Zeichen eines Umschwungs, einer psychologischen Krise in den Massen bemerkbar. In verschiedenen Wahlkreisen, die entweder einer der Ausgeschlossenen selbst oder einer der Abgeordneten vertrat, die sich mit den ausgeschlossenen Kollegen solidarisch erklärt hatten, wollte, allen Drohungen des Parteivorstands zum Trotz, die überwiegende Mehrheit der Sozialisten ihren frühern Kandidaten wieder aufstellen. Aber als die ketzerischen Abgeordneten sich zu einer neuen Kandidatur bereit zeigten, erklärte der Parteivorstand mit der Unbeugsamkeit des katholischen Klerus: diese Wahlkreise stellten sich damit außerhalb der Partei. Die so exkommunizierten Wahlkreise hatten nicht den Mut darauf der reformistisch-sozialistischen Partei beizutreten, andererseits wollten sie sich auch nicht der Gewalt des Parteivorstands unterwerfen, und so erklärten sie sich für *autonom*. Damit schufen sie eine wenig klare und logische Situation, die wir jedoch als Phase einer der reformistischen Partei sicherlich günstigen geistigen Entwicklung ansehen dürfen.

Konnte demnach die neue Partei auf ihrem Parteitag auf eine numerisch starke Entfaltung während der 5 Monate ihres Bestehens auch nicht hinweisen, so glich sie dies wieder durch den Beweis ihrer eigenen innern Lebensfähigkeit und eines bemerkenswerten Reichtums an politischen Ideen aus. Man darf wohl mit Recht behaupten: Noch auf keinem sozialistischen Parteitag, weder Italiens noch wohl eines andern Landes, wurde je eine so interessante Reihe konkreter Fragen aufgerollt, wie sie dieser erste Parteitag der reformistischen Sozialisten Italiens behandelte und während seiner ständigen Verhandlungen in klarster Weise diskutierte.

Die erste Aufgabe des Parteitags bestand in einer genauen Beschreibung des Wesens der neuen Partei wie des Ziels und der Taktik des Reformismus. Das Resultat der Beratungen war folgende Resolution:

»Die reformistisch-sozialistische Partei erkennt die ideale Berechtigung des Kampfes der Arbeiterschaft an; sie will die Bewegung der arbeitenden Klassen fördern, die, gestützt auf die wirtschaftliche Entwicklung wie auf den bewußten Willen des Proletariats, eine klassenlose Gesellschaft anzubahnen sucht, in der die Produktions- und Austauschmittel Eigentum der Gesamtheit der Arbeiter sein sollen. Sie sieht es deshalb als ihre Aufgabe an die Erkenntnis dieses Ziels in den arbeitenden Klassen zu verbreiten, selbst für eine fortschreitende berufliche Organisation des Proletariats zu wirken, um es damit in seinem Klassenkampf zu stählen und, wenn gleich unter Anerkennung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von jeder politischen Partei, in steter Verbindung mit den Organisationen der Arbeiterschaft zu bleiben.

Auf dem Gebiet der Politik erstrebt die reformistisch-sozialistische Partei die Eroberung der politischen Macht durch das allgemeine Wahlrecht, in dem sie das wirksamste Mittel zur Anbahnung der vollen Herrschaft der arbeitenden Klassen und zur Abschaffung aller wirtschaftlichen und politischen Vorrechte sieht, es sei denn, daß der Widerstand der reaktionären Gewalten noch andere Mittel erforderlich machte.

Während somit die reformistisch-sozialistische Partei die volle und uneingeschränkte Herrschaft des Volks als ihr Ziel betrachtet, erklärt sie dennoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Teilnahme an der politischen Macht und, sobald das Interesse des Proletariats dies erheischt, die partielle und fortschreitende Eroberung der Staatsgewalt (die mit der wachsenden Größe des Eigentums und der Funktionen der Gesellschaft täglich an Bedeutung gewinnt) für zulässig.

Für ihre politischen Gegenwartsprogramme (die von den regelmäßigen allgemeinen Parteitagungen aufgestellt werden sollen) wird die reformistisch-sozialistische Partei die nachfolgenden Grundsätze zur Richtschnur nehmen:

1. Reformen sind nicht das Ergebnis eines einzigen Willens, sondern sie richten sich nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen einander bekämpfenden Klassen; sie müssen sich demzufolge entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Macht der Arbeiterschaft und andererseits entsprechend den vorhandenen Widerständen durchsetzen, so daß sich in ihnen ein stetig wechselndes Gleichgewichtsverhältnis darstellt, das in jedem gegebenen Augenblick durch den Klassenkampf bestimmt wird.

2. Die Partei tritt der Internationale des Proletariats bei und erkennt es als ihre Aufgabe an das Gefühl der Solidarität der Völker stärken und befestigen zu helfen. Nichtsdestoweniger hält sie es im Interesse des nationalen Schutzes der Gesamtheit für notwendig die realen Bedingungen des internationalen Lebens Rechnung zu tragen; sie vertraut freilich auch darauf, daß die überlegene Macht der Arbeiterbewegung in den Hauptstaaten der Erde eine allgemeine und gleichzeitige Abrüstung einmal ermöglichen wird.

3. Gegen die demokratischen Parteien nimmt sie nicht von vornherein eine feindselige Haltung ein. Ob sie sich von ihnen fernhalten oder taktisch mit ihnen zusammengehen wird, das muß von ihrer gegenseitigen Übereinstimmung, zum mindesten in den in Betracht kommenden beiderseitigen Gegenwartsprogrammen, abhängen. Je nach der jedesmaligen Wertung der Opportunität, der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse und stets in Übereinstimmung mit den Interessen der arbeitenden Klassen, wird das Zusammenwirken ein engeres, oder wird es aufgehoben werden, und zwar sowohl bei den kommunalen und politischen Wahlen als auch im Parlament, wo es dazu dienen kann eine einheitliche Oppositionspartei zu bilden oder eine bestimmte Regierungsrichtung zu stützen.

4. Die Arbeiterklasse setzt sich aus sämtlichen Kategorien von Arbeitern zusammen, die ihren Lebensunterhalt aus eigener Arbeit beziehen. Deshalb hat die Partei ihr Interesse und ihre Tätigkeit auch den Kategorien von Arbeitern zu widmen, die nicht Lohnarbeiter sind sondern den Typus des selbstarbeitenden Kleinbesitzes darstellen und sie als Konsumenten zu schützen und als Produzenten zu kooperativen Unternehmungsformen hinzuleiten.

5. Alle wirtschaftlichen, sozialen, politischen und moralischen Fragen des italienischen Lebens sollen unter dreifachem Gesichtspunkt untersucht und diskutiert werden: an sich, das heißt nach ihrer eigenen Beschaffenheit; in ihrer Beziehung zu den gegenwärtigen Interessen der arbeitenden Klassen; und in Beziehung zu den Zielen der sozialistischen Bewegung. Eine andere, besonders jede Stellungnahme, die sich etwa nach im voraus aufgestellten Formeln bestimmt, muß dagegen aus

einer Partei verbannt sein, die den Begriff der *Ketzerei* nicht kennt und freieste Prüfung aller Tatsachen als Grundsatz statuiert.«

Nachdem der Parteitag so die theoretischen Ziele wie die Taktik des Reformismus festgelegt hatte, wandte er sich sofort den **praktischen Forderungen** zu. Bei der Erörterung des Verhaltens der Partei zu der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung stellte er folgende Leitsätze auf:

»1. In dem Maß, wie die Gewerkschaftspolitik durch die hohen Beitragsleistungen und den Zusammenschluß zu großen Verbänden die Leistungen zu Kampf-, Kooperativ- und Gegenseitigkeitszwecken in einem einheitlichen Ziel vereint und durch den Kampf für Lohnerhöhung, gegen die Lohnkürzungen durch Zwischenpersonen und für die Ergänzung des Lohns durch die sozialen Versicherungen bessere Lebensbedingungen für die arbeitende Klasse erobert, wird die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft zum hauptsächlichsten Werkzeug der Politik der Arbeiterklasse.

2. Da die Macht der Arbeiterbewegung und die Vervollkommnung ihrer Verteidigungs- und Angriffskräfte die Organisierung der Mehrheit aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen erheischt, erachtet der reformistische Sozialismus jedweden Angriff auf das Prinzip der gewerkschaftlichen Einigkeit als einen Angriff auf die von der sozialistischen Bewegung erstrebten Ziele.

3. Indem der reformistische Sozialismus die Gegenwartsforderungen der arbeitenden Klassen unterstützt, verhindert er sowohl, daß diese sich von der sozialistischen Bewegung abwenden wie auch, daß sie den Lockungen zum Generalstreik oder überhaupt zu der Taktik des revolutionären Syndikalismus nachgeben.

4. Die wachsende Macht der proletarischen Organisationen entwickelt das Verantwortlichkeitsgefühl in diesen Organisationen selbst, nötigt die Gegenorganisationen der Arbeitgeber zur Beachtung ihrer Forderungen und macht so allmählich den Streik unnötig, indem sie an Stelle des permanenten Kriegszustands den Waffenstillstand durch Kollektivverträge und Schiedsgerichte setzt. Durch immer stärkere Bewaffnung sichern die Organisationen den Frieden. Der Klassenkampf verliert an Schärfe. So wirkt der reformistische Sozialismus, indem er vorbehaltlos für eine immer weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen eintritt, auch auf wirtschaftlichem Gebiet dafür immer günstigere Bedingungen für eine demokratische Gesellschaftsreform zu schaffen.

5. Der reformistische Sozialismus vertraut auf die unumgängliche Verwirklichung von Zuständen, die den Organisationen der arbeitenden Klassen die Ausübung aller politischen Funktionen zur Befreiung der Arbeiterklasse ermöglichen, und er wird seine eigenen Anstrengungen darauf richten die Herbeiführung solcher Zustände zu beschleunigen.

Gemäß dieser Grundanschauung erklärt der Parteitag seine Anhänger für verpflichtet:

a) die Industrie- und Landarbeiterbewegung zu unterstützen und dabei für hohe Beitragszahlungen, für Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Leistungen, für Bildung von Industrieverbänden, für Anschluß an die *Confederazione generale del Lavoro* und für die Unterordnung unter deren Beschlüsse einzutreten;

b) gegen jedes Vorgehen anzukämpfen, das aus irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen zu einer Spaltung der Arbeiterklasse führen müßte.«

Dann ging der Parteitag dazu über die Forderungen der Arbeiterklasse an die Gesetzgebung festzulegen. Er bezeichnete in spezialisierter Weise eine große Zahl von Materien, die einer gesetzgeberischen Regelung entgegengeführt werden müßten; einige dieser Forderungen sind bereits zu Gesetzentwürfen verdichtet, die dem Parlament vorliegen oder doch von dem Obersten Arbeitsrat ausgearbeitet sind. Der Parteitag der sozialistischen Reformisten verlangte unter anderm Gewerbeinspektion, Bezirksarbeitsnachweise, Arbeitsvertragsverpflichtung für Privatangestellte, Bergarbeiterschutz, Rechtsschutz für Auswanderer, Fortbildungsschulunterricht, Heimarbeiter-

schutz, Verbot des Trucksystems, Ausdehnung der Sonntagsruhe, eine großzügige soziale Versicherungsgesetzgebung: Versicherung gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, endlich gegen Arbeitslosigkeit (Einführung des Genter Systems), Einrichtung eines besondern Arbeitsministeriums, endlich auch Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens, für Genossenschaften sowohl wie für den Kleinbesitz, und Ansiedlung von Landarbeitern durch Verpachtung von Grund und Boden an sie.

Einen Beratungsgegenstand, der dem Parteitag besonders nahe gerückt war, bildete die Kolonialpolitik. Das politische Leben Italiens wird gegenwärtig von dem Unternehmen in Libyen beherrscht. Dieses war es, das die Spaltung unter den italienischen Sozialisten hervorgerufen hat. Wie in den *Sozialistischen Monatsheften* auseinandergesetzt wurde, waren alle italienischen Sozialisten Gegner des Krieges zur Eroberung Tripolitaniens.²⁾ Aber die *Revolutionäre* und die Linksreformisten waren Gegner des Krieges und der kolonialen Eroberung, weil sie überhaupt Gegner jeder kolonialen Expansion sind, die durch die Waffengewalt des Staates erkämpft werden muß. Die Rechtsreformisten standen dagegen dem Unternehmen feindlich gegenüber, nicht aus allgemein prinzipiellen sondern aus Gründen, die sich speziell gegen dieses Kolonialabenteuer richten. Im übrigen bewiesen die Rechtsreformisten, nachdem sie einmal ihre Gegnerschaft gegen den Krieg klar zum Ausdruck gebracht hatten, durch ihre Haltung, daß sie dem Ausgang des Krieges durchaus nicht gleichgültig gegenüberständen, vielmehr wünschten, daß das Unternehmen für Italien möglichst viel Nutzen brächte. Als dann der Friede geschlossen worden war, stellten sie sich nicht auf den Standpunkt, daß sie als Sozialisten das ganze Kolonialproblem ignorieren oder es einfach mit der summarischen Erklärung abtun könnten, sie seien Gegner jeder Kolonialpolitik; sie waren vielmehr der Ansicht, daß es ihre Pflicht sei diejenige Lösung des Kolonialproblems für Libyen zu suchen, die den Interessen der italienischen Arbeiterklasse am besten entspreche.

Es ist bekannt, daß die offizielle Politik des internationalen Sozialismus, wie sie auf den internationalen Kongressen von Paris /1900/, Amsterdam /1904/ und Stuttgart /1907/ festgelegt wurde, radikal kolonialgegnerisch ist. Der Parteitag der reformistischen Sozialisten in Rom wies demgegenüber in Übereinstimmung mit dem sachkundigen Referat, das dort über die Frage gehalten wurde, die Sozialisten auf eine neue Auffassung der Kolonialfrage hin. Die Resolution des Parteitags sieht in der kolonialen Expansion eine notwendige Erscheinung der modernen Entwicklung, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen der alten Kulturländer entspringt, und sie betont, daß die Arbeiterklasse die Pflicht habe eine *p o s i t i v e* Politik in dieser Frage einzuschlagen, da man mit einfachen Negierungen solche Notwendigkeiten weder aufheben noch modifizieren könne. Im besondern wollte der Parteitag die Kriterien aufzeigen, nach denen in Libyen der italienische Staat vorzugehen hätte, um sowohl für die Eingeborenen als auch für die italienischen Arbeiter möglichst Gutes zu wirken.

Nach dem Kolonialproblem wurde die *S t e u e r* frage erörtert. Zwei Grund-

²⁾ Siehe meinen Artikel *Sozialdemokratie und Regierung in Italien* und Bonomi *Der Tripolitafeldzug und die italienische sozialistische Partei* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1447 ff., und 1912, 1. Band, pag. 469 ff.

gedanken traten in dieser Diskussion zutage: in erster Linie der, daß bei der stetig wachsenden Ausdehnung der öffentlichen Dienste und der staatlichen Aufgaben die Finanzkräfte des Staates eine Verstärkung erfahren müßten; und ferner, daß diese Verstärkung durch den Ausbau einer staatlichen progressiven Einkommensteuer zu erzielen sei, wie sie gegenwärtig die Kommunen, wenn auch in unorganischer und fehlerhafter Art, erheben.

Für Italien besteht noch ein besonderes Problem, das den eigentümlichen Verhältnissen der südlichen Provinzen des Landes entspringt. Aus geschichtlichen, geographischen und geologischen Gründen, deren Erörterung mich hier zu weit führen würde, befanden sich die südlichen und insularen Provinzen Italiens, als sie in den nationalen Einheitsstaat aufgingen, in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Und zwar bestand diese Krise sowohl für das Bürgertum wie für die Arbeiterklasse. Das erklärt die Tatsache, daß sämtliche Parteien, bürgerliche wie proletarische, eine spezielle Frage des Südens für die italienische Politik anerkennen, und daß jede Partei je nach ihrem Standpunkt Lösungen und Heilmittel dafür vorschlägt. Die alte sozialistische Partei hatte indessen bis jetzt in der Frage noch keine genau formulierten Vorschläge gemacht. Die reformistisch-sozialistische Partei betrachtete es nun als ihre Aufgabe dies zu tun. Die Hauptpunkte, um die sich dabei die Diskussion auf dem Parteitag drehte, waren folgende: 1. Reform des Zollwesens, die die Bevölkerung des Südens der Ausbeutung durch die Industriellen des Nordens entziehen soll, 2. allmähliche Verstaatlichung der Schwefelgruben in Sizilien, 3. Errichtung großer staatlicher Domänen. Durch diese Maßregel könnte es verhindert werden, daß die Kapitalisten alle Gemeindeländereien in Besitz nehmen, die in Süditalien noch in bemerkenswerter Anzahl vorhanden sind. Zugleich wären damit gesetzliche Maßnahmen zu verbinden, die es den organisierten Arbeitern ermöglichen den Grund und Boden der Latifundien, auch gegen den Willen der Großgrundbesitzer, in Pacht oder Erbpacht zu übernehmen.

Interessant ist zweifellos auch die Behandlung der auswärtigen Politik durch den Parteitag. In der Resolution, die er annahm, wird zwar erklärt, »daß das Ziel, dem die sozialistische Arbeiterklasse zustrebt, der Friede unter allen Nationen ist, die in solidarischem Schaffen für den Aufbau der Kultur vereint sind«. Es wird aber gleichzeitig betont, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse einstweilen »mit der allgemeinen Erklärung internationaler Verbrüderung und mit Friedensdemonstrationen noch keineswegs gelöst« sei. Sie habe vielmehr die Pflicht »unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus eigener Kraft heraus die Lösungen der internationalen politischen Fragen zu suchen, die die günstigsten Bedingungen für ein möglichst schnelles Erreichen jenes Endziels schaffen«. In Erfüllung dieser positiven Aufgabe dürfe die Arbeiterklasse »sich niemals ablehnend oder uninteressiert gegenüber den berechtigten Forderungen nach staatlicher Expansion des eigenen Volkes verhalten«, sie könne »die Lösung des internationalen Problems nicht einfach in der Aufstellung der These des allgemeinen Weltfriedens sehen«. Der Parteitag wünscht vielmehr, »daß auf den internationalen Kongressen des sozialistischen Proletariats die aktuellen internationalen Fragen erörtert und die Gesichtspunkte festgestellt werden sollten, nach denen dem allgemeinen Interesse entsprechend die besondere auswärtige Politik der So-

zialisten jedes Landes zu bestimmen ist«. Die sozialistisch-reformistische Partei steht also auf dem Standpunkt, daß in der gegenwärtigen Geschichtsperiode die internationale Politik des Proletariats nicht stets und um jeden Preis dem Friedensgedanken untergeordnet werden dürfe. Es ist ohne weiteres einzusehen, wie schwerwiegend eine solche Behauptung ist. Doch ist es Zeit, daß die Sozialisten sich über dieses wichtige Problem eine Meinung bilden. Eben weil wir keinen festen Leitgedanken in dieser Frage besaßen, konnte es geschehen, daß man bei den letzten internationalen Zusammenkünften Hymnen auf den Frieden sang, während man andererseits die Forderung *Der Balkan den Balkanvölkern!* vertrat, also gerade die Parole, unter der der Krieg auf dem Balkan unternommen wurde. Dann wieder wurde gefordert, daß die Mächte sich nicht einmischen und die freie Entwicklung der Balkankrise nicht stören sollten. Aber wären denn die Sozialisten in Europa auch für den Fall, daß irgendein Staat einen gewaltsamen Eingriff zu Eroberungszwecken versuchte, der Ansicht, daß man aus Abscheu vor einem Kriege sich einer solchen Einmischung nicht entgegenstemmen dürfe? Wir stoßen eben auf diesem Feld auf zahlreiche und schwierige Probleme; gerade deshalb betonten die italienischen Reformisten, daß nicht alle Fragen durch die einfache Forderung des Friedens entschieden werden können.

Von weiteren Verhandlungsgegenständen des Parteitags sei nur noch die Frage der *W a h l t a k t i k* erwähnt, die bei den kommenden Kammerwahlen, im Juli oder Oktober dieses Jahres, den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Wahlrecht, zu befolgen ist. Dabei muß ich bemerken, daß der Vorstand der alten Partei bereits beschlossen hat den Kampf in allen Wahlkreisen im Zeichen der Intransigenz zu führen, das heißt überall eigene Kandidaten gegen die Kandidaten aller anderen Parteien, einschließlich auch der Rechtsreformisten, aufzustellen. Im Gegensatz dazu nahm der sozialistisch-reformistische Parteitag eine Resolution an, die den einzelnen Wahlkreisen die volle Freiheit zugesteht ihr Verhalten nach ihrem sozialistischen Gewissen einzurichten, im übrigen die Bündnistaktik zuläßt und so selbstverständlich in Aussicht nimmt, daß die neue Partei in geeigneten Fällen mit ihren Stimmen die Kandidaten der alten sozialistischen Partei unterstützt.

So haben die reformistischen Sozialisten getreu dem Wahlspruch, daß der, der das bessere Urteil zu besitzen glaubt, es auch durch seine Haltung zeige, auf die Kriegserklärung ihrer früheren Genossen ruhig und besonnen geantwortet: im Interesse der Arbeiterklasse und der Demokratie.

XX
**MAX SCHIPPEL · DAS GRUNDGEHEIMNIS DES
 IMPERIALISMUS**



ENOSSIN Rosa Luxemburg baut ein ganzes, nicht weniger als 446 Druckseiten umfassendes Buch über die *Akkumulation des Kapitals* auf einem bekannten Marxischen *Schema* auf. Dieses Schema, das in möglichst einfachen Ziffern die gegenseitigen Beziehungen zwischen *c* (verzehrtem konstantem Kapital), *v* (variablem, in Lohn ausgelegtem Kapital) und *m* (neugebildetem Mehrwert) in den beiden Ge-